

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz
Eppenheim, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Anzeiger für Ehlhalten,
Falkensteiner Anzeiger

fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M. monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeile: 20 Pfennig für anzuheftende Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Anzeigen-Petite: 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Freitag
13
Dezember

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachsch. Jede Nachschreibung wird hinfällig bei gerichtlicher Verurteilung der Angeklagten. — Einfache Beilagen: Lausend 3.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 9 1/2 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird taxiert bewilligt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 195 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Abrüstung des Krieges und Aufbau der Friedenswirtschaft.

Das Ziel aller Maßnahmen, die jetzt bei der Abrüstung getroffen werden, ist der Aufbau einer neuen Friedenswirtschaft, der Anfang einer besseren Zukunft für alle deutschen Männer und Frauen. Wie in der deutschen Politik, so soll auch in der deutschen Wirtschaft ein neues Leben beginnen. Was draußen verloren ist, soll in der Heimat gewonnen sein. Das Wirtschaftsleben bedeutet eine Organisation, wie etwa eine Maschine. Alle Teile stehen in einem inneren Zusammenhang miteinander. Wenn ein Rad falsch läuft, wird der ganze Apparat gestört und in seinem Arbeitserfolg in Frage gestellt. Jeder ist aber ein Glied in dieser Maschine und in diesem Zusammenhang des ganzen Wirtschaftslebens. Die Auflösung des Heeres muß schon aus diesem Grunde in Ruhe und Ordnung vor sich gehen. Jeder muß dabei helfen und hilft dadurch sich selbst, seiner Familie und dem deutschen Vaterland. Wir wissen alle, daß der Wirtschaftsgang sich in bestimmten Stufen abspielt. Zuerst müssen die Transportmittel richtig arbeiten, damit jedermann und jeder Rohstoff dorthin gebracht werden kann, wo die Arbeitsgelegenheit winkt; also müssen zuerst all jene Soldaten entlassen werden, die bei den Verkehrs- und Transportunternehmungen tätig waren und dort auch wieder eingestellt werden sollen. Dann müssen Rohstoffe beschafft werden, wo immer in Deutschland sie gewonnen werden können. — Demgemäß sollen die Bergarbeiter so rasch wie irgend möglich für ihre Arbeit freigegeben werden. Hierzu wie überhaupt zur Aufrechterhaltung unseres ganzen Lebens ist Elektrizität, Gas und Wasser unentbehrlich. Deshalb müssen auch dafür die Arbeitskräfte gestellt werden. Viele könnten nicht ohne weiteres eine Arbeitsgelegenheit finden. Die Arbeitsnachweise und die ganzen Organisationen der Arbeiter wie auch der Arbeitgeber müssen deshalb möglichst rasch für die großen Aufgaben gerüstet werden — die Angestellten dieser Organisationen und Nachweise müssen daher ihre Tätigkeit aufnehmen können, ehe die Arbeitnehmer in der Heimat passende Arbeitsgelegenheit zu angemessenen Bedingungen finden können. So ist eine gleichzeitige Entlassung von allen oder gar ein willkürliches Weglaufen von der Truppe unvereinbar mit ihren eigenen wichtigsten Bedürfnissen. Unser ganzes Wirtschaftsleben käme durcheinander, und sie würden auf schwerste selbst darunter leiden. Selbstverständlich wird niemand entlassen, der noch nicht entlassen werden will; die Truppe wird für ihn noch weiter sorgen. Ebenso selbstverständlich werden in jener Reihenfolge, wie der Wirtschaftsbetrieb sie erforderlich macht, die älteren Jahrgänge zuerst und die jüngeren später entlassen werden, Familienväter früher als ledige Männer. Es wird an Arbeitsgelegenheit in Deutschland nicht fehlen. Die Arbeitgeber haben sich den Arbeitnehmerorganisationen gegenüber schon bindend verpflichtet, alle ihre früheren Arbeiter und Angestellten, wenn sie es wünschen, wieder in die gleiche Stelle einzustellen. Jeder hat daher gut, wenn er sich nach der Entlassung an den Ort begibt, wo er vor dem Kriege beschäftigt war, und bei seiner alten Arbeitsstelle nach Beschäftigung fragt. Wer nicht in seine alte Arbeitsstelle zurückkehren will, wird dazu in keiner Weise gezwungen. Wer neue Arbeit sucht, wende sich an den Arbeitsnachweis, der ihm am nächsten liegt. Es ist dafür gesorgt, daß über ganz Deutschland die örtlichen Arbeitsnachweise miteinander in Verbindung stehen. An jeder Stelle weiß also jeder Arbeitsnachweis, wo etwa Arbeitsgelegenheit noch unbesetzt ist. Voraussetzung für einen richtigen Gang dieser Maschine ist aber, wie immer betont werden muß, daß die Auflösung des Heeres in Ruhe und Ordnung und nach den allgemeinen Vorschriften und Plänen sich abspielt. Der einzelne muß sich dem Ganzen unterordnen. Alle für einen, Einer für alle — das sei die Lösung! Besonders ist davor zu warnen, sich mit Gewalt in die großen Industriebezirke zu drängen, wo die Schwierigkeiten der Ernährung und der Unterkunft — wie alle wissen — besonders groß sind. Es wäre auch unklug, nur in Großbetrieben nach Arbeit zu fragen. Die Arbeitsgelegenheit auf dem Lande und in den kleinen Betrieben ist vielfach günstiger. Für gute Löhne und Arbeitsbedingungen wird in Stadt und Land, in Groß- und Kleinbetrieben gleichmäßig gesorgt. Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen arbeiten — eine wichtige Errungenschaft des Krieges! — Hand in Hand miteinander, noch einmal sei es gesagt: Wenn die Abrüstung in

Ruhe und Ordnung vor sich geht und niemand auf eigene Faust handelt, dann wird aus dem Kriege neues Leben rasch erwachsen. Der Frieden wird nicht nur Leben und Gesundheit sichern, sondern auch Freiheit und Wohlstand bringen.

Lloyd George über die Friedensbedingungen.

Haag, 12. Dez. Reuter meldet aus London: Lloyd George hielt gestern wieder eine Wahlrede in Bristol, worin er betonte, daß die Dienstpflicht in allen Ländern abgeschafft werden müsse, da das Bestehen einer Zwangsarmee auf dem Kontinent unweidlich die Welt in den Krieg gestürzt habe. Weiter setzte er auseinander, daß das deutsche Heer für den Angriff, das englische für die Verteidigung organisiert war. Darum sei England nicht für die Offensive bereit gewesen. Eine Flotte ist eine Verteidigungswaffe. Mit einer Flotte hätten die Deutschen nicht in Belgien einfallen oder Frankreich verwüsten können. Darum könne England seine Flotte nicht aufgeben, die das Land jahrhundertlang gegen einen Einfall geschützt habe. Dann erinnerte der Minister daran, daß in allen Ländern bei einem Prozeß der Verlierende die Kosten bezahlen müsse. In Zukunft würden, so hoffe er, zwischen den Nationen dieselben Grundsätze von Recht und Unrecht gelten wie zwischen Privatpersonen, und dann würde eine Nation, die ein Unrecht beging und einen Prozeß veranlaßte, die Kosten bezahlen müssen. Aber es gebe noch einen andern Grund, weshalb Deutschland die Rechnung bezahlen müsse. Der Krieg habe Deutschland weniger gekostet als England. Die eigenen Kosten schätze Lloyd George auf 8000 Millionen Pfund Sterling, die deutschen dagegen auf 6—7000 Millionen Pfund. Die übrigen 1000 Millionen müßten verteilt werden auf eine Bevölkerung von 45 Millionen, während die deutsche Bevölkerung 70 Millionen betrage. Deutschland muß bezahlen bis zur äußersten Grenze seines Vermögens. Vor dem Kriege wurde Deutschlands Reichtum auf 15 bis 20 Milliarden Pfund geschätzt. Die Rechnung betrage 24 Milliarden Pfund, sodas, wenn die Schätzung richtig sei, der ganze Reichtum Deutschlands nicht genüge. Vor einigen Wochen habe das Kabinet eine Kommission ernannt, um die finanzielle Kraft Deutschlands zu untersuchen. Der Minister ist der Meinung, daß man den Reichtum Deutschlands früher zu niedrig geschätzt habe. Lloyd George will nur zwei Bedingungen stellen, erstens, daß nicht während unbestimmter Zeit eine große Befähigung in Deutschland gehalten werden müsse, und zweitens, daß man in England keine Waren auf den Markt bringe, die mit Hungerlöhnen bezahlt sind. Nach Recht und Billigkeit hätten wir das absolute Recht, die ganzen Kriegskosten von Deutschland zu verlangen, und wir haben vorgeschlagen, sie zu verlangen.

Nachdem Lloyd George nochmals auseinanderetzte, daß der Kaiser und Kronprinz und ihre Mitgeschulden zur Verantwortung gezogen werden sollten, und alle Deutschen England verlassen müßten und nicht mehr zurückkehren dürften, sagte er schließlich, daß das Friedensprogramm der englischen Regierung ein Programm voll grimmigen Ernstes sei. Es müsse eine strenge, gerechte Strafe für diejenigen, die den Krieg begonnen und fortgesetzt haben, angelegt werden. Deutschland müsse es für immer unmöglich gemacht werden, eine Armee von vier bis fünf Millionen Mann zu bilden. Es muß Gerechtigkeit, Abrüstung nach jeder Beziehung sein, aber wir müssen unsere Flotte haben. Ich würde keinem einzigen der Herren vertrauen, wenn wir nicht den zuverlässigen Hund haben, der die Meere abschneffelt. Wir würden uns einer großen Dummheit schuldig machen, wenn wir die Flotte aufgeben würden. Von wo auch ein Ersuchen in dieser Richtung kommen möge, wir werden den Schutz unserer Flotte nicht preisgeben.

Es ist ganz ungeheuerlich, was der Erste Minister Englands an wilden Phantastereien in der Wahlbewegung sich leisten darf. Die Erfüllung seiner Forderung würde bedeuten, daß Deutschland und die Deutschen weit mehr an die Entente zu zahlen hätten als sie überhaupt besitzen. Sie wären also nur noch Schuldner der Entente.

Berichte aus Lothringen.

Stuttgart, 11. Dez. (W. B.) An hiesiger militärischer Stelle ist ein Bericht von Flüchtlingen des Arbeiter- und Soldatenrates in Metz eingegangen, aus dem folgendes

hervorzuheben ist: In Metz und in ganz Lothringen internieren die Franzosen alle männlichen Personen, deren Eltern nicht vor 1870 in Lothringen gewohnt haben. Sie machen dabei keinen Unterschied, ob es sich um Leute jenseits des wehrpflichtigen Alters handelt oder um solche, die noch in diesem stehen, oder ob es ordnungsgemäß Entlassene sind oder nicht, gleichgültig ob die Entlassung von der Dienststelle oder dem Arbeiter- und Soldatenrat erfolgte. Ferner wird kein Unterschied gemacht, ob es sich um Mannschaften, Unteroffiziere oder Offiziere handelt. Das gleiche haben wir in Oberhomburg bei St. Avold und in Saarbrücken aus dem Munde von Einwohnern gehört. Soweit bekannt, sind allein von Metz 380 Offiziere und 6000 Mann nach Nancy geschickt worden, von wo sie weiter nach Nordfrankreich gebracht werden sollen. Die Franzosen haben dabei das hinterlistigste Mittel angewandt, einen Aufruf zu erlassen, wonach sich zu statistischen Zwecken alle Nichtlothringer im Hotel „Terminus“ zu melden haben. Für Lebensmittel sorgen die Franzosen. Ein Nichtlothringer kann sich in Metz gar nicht aufhalten. Die bekannten französischen Schimpfnamen, wie „Jole hoch“ gellen einem überall in den Ohren. Die Bevölkerung ist ohne Kohle, da die Vorräte alle weggeschafft sind. Sämtliche Denkmäler sind von ihren Sockeln heruntergerissen worden unter Beihilfe von französischen Offizieren und Priestern. Die Denkmäler wurden soviel als möglich zerstört. Nichtlothringer tun gut daran, sich nicht nach Lothringen zu begeben. Wie es im Elend steht, wissen wir nicht, vermuten aber, daß es genau so ist, ebenso im besetzten Rheinland auf Grund der obigen Mitteilungen von Bürgern aus Saarbrücken. Wir sind in Zivil durchgeschlüpft, da vom 26. November 12 Uhr bis 27. November 12 Uhr Passfreiheit war. Sechs Mitglieder des Soldatenrates wurden verhaftet.

Der Waffenstillstand. Die Kommission in Trier.

Trier, 12. Dez. (W. B.) Die deutschen Delegierten der Waffenstillstandskommission sind nunmehr sämtlich in Trier angekommen. Nachdem gestern morgen Staatssekretär Erzberger mit etwa 30 Personen und deren Begleitern von Berlin kommend im Hotel „Zur Post“ abgestiegen waren, kamen gestern nachmittag die fünf deutschen Delegierten von Spa, unter ihnen General v. Winterfeldt. Letztere wohnen im „Domhotel“; es sind sieben Personen. Bei ihrer Ankunft war der Hauptbahnhof durch die amerikanischen Truppen abgesperrt. Sowohl die Kommissionsmitglieder im „Domhotel“, als die im Hotel „Zur Post“ sind strengstens interniert. Niemand hat zu ihnen Zutritt. Die Vertreter der Alliierten sind noch nicht angekommen. Heute wird Marshall Foch in Trier eintreffen.

Deutsche Offiziere in der russischen Roten Armee.

Berlin, 12. Dez. (W. B.) Die Vertreter der Entente in der Waffenstillstandskommission stellen die Forderung, daß die von uns in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hätten, sofort zurückberufen werden. Die deutschen Vertreter erklärten sofort, daß sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der bolschewistischen Armee befinden. Es könne sich höchstens um Kriegsgefangene handeln, die gewaltsam in diese Armee eingereicht wurden, oder solche, die zum Bolschewismus übertraten. Hiernach scheinen bei der Entente eigenartige Vorstellungen über unser Verhältnis zur Roten Armee zu bestehen. In Wahrheit nahmen wir wiederholt Gelegenheit, bei der Sowjetregierung gerade gegen die bolschewistische Propaganda unter den deutschen Kriegsgefangenen und gegen Versuche, diese zum Eintritt in die Rote Armee zu veranlassen, Schritte zu unternehmen. Im übrigen werden die Beziehungen zwischen der bolschewistischen und der deutschen Armee am besten dadurch beleuchtet, daß die roten Truppen noch vor kurzem unsere Kräfte bei Narwa, Pleskau und in der Ukraine angegriffen haben. Selbstverständlich fand ein Eintritt deutscher Offiziere oder Mannschaften in die Rote Armee mit deutschem Einverständnis nie statt.

Arbeiten für vier Milliarden.

Berlin, 7. Dez. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat, wie der „Vorwärts“ erfährt, zur Schaffung von

Arbeitsgelegenheit öffentliche Arbeiten im Werte von vier Milliarden Mark in Auftrag gegeben. Auf dem Gebiete der Eisenbahnverwaltung ist an Fahrzeugen und Lokomotiven neben dem laufenden Bauauftrag dieses Jahres der volle Bedarf für 1919, insgesamt etwa für 1 1/2 Milliarden, an sonstigem Material und Gerät für etwa 1/2 Milliarde, für Bauarbeiten wieder 1 1/2 Milliarden in Bestellung gegeben worden. Bei der Ausführung dieser Aufträge sind auch neben den Großbetrieben Kleingewerbe, Handwerk und Handel beteiligt worden.

Truppeneinzug in Berlin.

Berlin, 12. Dez. (W. B.) Am heutigen dritten Truppeneinzugstage herrschte Schmutzwetter mit Schnee und Regen; trotzdem war der Andrang der Bevölkerung zu den Feststraßen so stark wie immer. Die 4. Garde-Infanterie-Division rückte unter Generalmajor Grafen Jind von Finkenstein von der Frankfurter Vorstadt her über die Königsstraße unter den Linden ein. Die Truppen trafen von 10 1/2 Uhr ab am Pariser Platz ein, überall jubelnd willkommen geheißen und nahmen auf dem Platz Aufstellung. An der Tribüne hatten sich eingefunden: Der Volksbeauftragte Scheidemann, Kommandant Wels, Kriegsminister von Scheuch und Generalleutnant Requis. Nach einem Trompetensignal hielt Volksbeauftragter Scheidemann eine Ansprache, die von Beifallsrufen unterbrochen wurde, bei der Erwähnung der Nationalversammlung, dem Hinweis auf Frieden und Freiheit und seiner Bemerkung von dem kriegsgewunden deutschen Volk. Nach dem Hoch spielte die Musik „Deutschland, Deutschland über Alles!“ Dann trat Kriegsminister von Scheuch an die Brüstung und führte u. a. aus: „Kameraden der 4. Garde-Infanterie-Division! Ein Gruß Euch aus treuem Soldatenherzen auf heimischem Boden! Viele, die in den Reihen der stolzen Truppen hochgemut und kampffreudig hinausjagen, sind mit Euch nicht zurückgekehrt; sie sehen die Heimat nicht wieder. Ihre Vaterlandstreue haben sie mit dem Tode besiegelt. Helm ab! Ihnen zum ehrenden dankenden und wehmutsvollen Gruß! (Die Truppen nahmen den Helm ab, alle anderen Versammelten entblößten ebenso ihr Haupt; in die feierliche Stille hinein erklang, von der Militärmusik gespielt, das Volkslied: „Ich hatt' einen Kameraden“.) Der Redner dankte und fuhr dann fort: „Wenn je einer behaupten sollte, die deutsche Armee sei in diesem Kriege geschlagen worden, so wird die Geschichte das eine Lüge nennen. Und dieses Bewußtsein, unbefleigt heimzukehren, das laßt Euch nimmermehr nehmen. Schöpft aus ihm Willen und Kraft, mit denen allein Ihr der Aufgaben Herr werden könnt, die Euch daheim erwarten. Ganze Männer sind nötig zum Wiederaufbau der einzelnen Existenzen und unserer ganzen Wirtschaft. Wer so Großes geleistet hat im Kriege wie Ihr, der wird auch an der Bewältigung der neuen Aufgaben seinen Anteil haben. Werdet daheim gute Bürger, sichere Stützen der Männer, die die Bürde der Reichsgeschäfte auf sich genommen haben und die dem Lande Ruhe und Ordnung wiedergeben wollen. Und auch Ihr Jüngeren, die Ihr zunächst berufen seid, das Heer in der Heimat zu sein, auch Ihr haltet Ordnung. Haltet blank den Ehrenschild Eurer Truppenteile, so blank wie Ihr ihn jetzt erhobenen Hauptes heimbringt. Auch für Euch ist es Pflicht, Stützen zu sein der jetzigen Regierung und dazu bleibt gehorsam Euren Vorgesetzten, wie Ihr ihnen gefolgt seit in den schwersten Kampftagen. — Sie alle, die Sie hergekommen sind diese Heiden zu grüßen und Ihnen den Dank des Vaterlandes darzubringen, rufen Sie mit mir: „Die 4. Garde-Infanterie-Division Hurra!“ Brausend wurde der Ruf aufgenommen. Die Musik spielte den Parademarsch des 5. Garde-Regiments. Dann setzten sich die Truppen in Marsch zum Brandenburger Tor hinaus.

Volksbeauftragter Scheidemann entbot den einziehenden Truppen seinen Gruß mit folgender Ansprache:

Kameraden! Zum dritten Male machte sich die Reichshauptstadt auf, um an ihrem Tor Euch, Ihr Helden, zu begrüßen. Unzählige Eurer Landsleute vereinen sich mit mir in Liebe und Stolz, wenn ich Euch zurufe: Wir danken Euch von ganzem Herzen, und wir heißen Euch mit ganzem Herzen willkommen. Wir brauchen Euch, wenn unser Volk, das Euch hier jubelnd umdrängt, nicht untergehen soll. Das festliche Tor, durch das Ihr einzieht, trägt die Inschrift: „Frieden und Freiheit!“ Beides wollten wir Euch als Ehrengabe beschreiben, wenn Ihr aus dem Felde heimkehren würdet. Nun seid Ihr heimgekehrt — und noch haben wir keinen Frieden! Ihr gliedert Euch wieder in das arbeitende Volk ein — und noch ist die Freiheit nicht gesichert. Deshalb müssen wir trotz der großen Rechte, die wir für Euch erstritten haben, in der ersten Stunde, die uns wieder vereint, von Euren Pflichten reden. Den Frieden kommt Ihr mit all Euren Heldennut gegen die Uebermacht einer Welt nicht erlangen. Jetzt müßt Ihr ihn in der Heimat uns verschaffen helfen. Die Freiheit haben wir daheim angebahnt; jetzt müßt Ihr von der Front sie uns sichern helfen. Frieden und Freiheit können nur Hand in Hand kommen, und Ihr, das Frontheer, müßt beiden den Weg bereiten. Am 9. November verhassten das Volk, Arbeiter und Soldaten, der Sache der Freiheit zum Sieg. Am 16. Dezember soll der zweite Hammer Schlag fallen, vor dem Veraltetes zerbrechen und das Neue fester geschmiedet werden muß. Am 16. Februar treten die Arbeiter- und Soldatenräte des ganzen Reiches zusammen. Ihre Aufgabe ist, den dritten und größten Tag zu bestimmen: den Tag der Nationalversammlung. Ein ungeheures Maß von Verantwortung legt sich damit auf Euch, kaum daß Ihr heimgekehrt seid. Kameraden! Ihr werdet mit zu bestimmen haben, wann der wichtigste Tag für Euer Vaterland festgelegt wird. Ihr werdet das weiße Rauberkelch ausfüllen müssen, auf dem der Geburtstag des neuen Vaterlandes, der einigen deutschen Republik, stehen soll. Mit ehernem Lettern habt Ihr Eure Kriegstaten ins Buch der Geschichte geschrieben. Nun trägt Ihr ebenso

unvergänglich Eure erste Friedensstat in die Geschichte Eures Volkes ein. Die Nationalversammlung muß wahr machen, was dort weithin leuchtend steht: Frieden und Freiheit! Sie muß das Wort wahr machen: Deutschland hat ewigen Bestand, es ist ein kerngesundes Land, ein wahres Vaterland für alle Volksgenossen und eine Werkstätte für jeden Fleiß. Der junge sozialistische und demokratische deutsche Freistaat: Hoch!

Die Loslösungsbestrebungen.

An das deutsche Volk.

Berlin, 12. Dez. (W. B.) Am 4. Dezember 1918 forderten in zwei Versammlungen in Köln unter Führung ehemaliger Zentrumsabgeordneter, die „anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien im Rheinland, in Westfalen und in anderen Ländern am Rhein“ auf, die Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörigen selbständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten. Die unterzeichneten Volksbeauftragten halten es demgegenüber für ihre Pflicht, zu betonen, daß das Ziel der großen deutschen Volksbewegung im November 1918 nicht die Abtrennung oder Selbständigmachung ehemaliger Teile des Reichs oder Preußens vom Gesamtgebiet ist, sondern die kraftvolle Zusammenfassung und die Vereinigung aller Reichsteile zu einem Gemeinwesen, das die großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der neuen deutschen Republik einheitlich und vollstänlich regelt. Wie diese Aufgaben mit selbstverständlicher Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Reichsteile zu lösen sind, das wird durch die von der Reichsleitung einberufene deutsche Nationalversammlung und die von ihr festzusetzende Reichsverfassung entschieden werden. Dabei wird auch das künftige Schicksal des preussischen Staates endgültig bestimmt werden. Die Neuordnung seines Staatsgebietes dürfte durchaus im Gange der wahrscheinlichen Entwicklung liegen. Hierbei verfassungsmäßig mitzuwirken, sind diejenigen „anerkannten Vertreter des Volkswillens“ berufen, die auch im Rheinland und Westfalen unter dem freiesten Wahlrecht der Welt zur Nationalversammlung entsendet werden. Auf das entschiedenste aber legen wir im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Revolution Verwahrung ein gegen Bestrebungen, wie sie in Köln zurutage traten. Die Einheitlichkeit des Reichs wird nicht „gewahrt“, sondern gefährdet durch die völlig grund- und beweislosen Behauptungen, es bestehe die „völlige Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen“; vielmehr sind die Kölner Beschlüsse einseitig und im höchsten Grade geeignet, die Zusammenfassung aller Kräfte der Heimat in dieser schweren Uebergangszeit vom Krieg zum Frieden ganz erheblich zu hindern und zu schwächen. Die Volksbeauftragten sind deshalb gewiß, daß auch im Rheinland und in Westfalen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich entschlossen gegen jeden Versuch zur Abtrennung wendet. Wir fordern die Bevölkerung des gesamten deutschen Reichs und ihrer provisorischen politischen Behörden auf, sich wie ein Mann mit uns zur Abwehr aller Zerplitterungsversuche, offener oder versteckter Art, zu vereinen und dementsprechend zu handeln.

Berlin, 11. Dezember 1918.

Die Volksbeauftragten:

Ebert, Haase, Landsberg, Barth, Dittmann, Scheidemann, Dr. Preuß, Staatssekretär.

Einberufung des Reichstages.

Berlin, 12. Dez. (W. B.) Der Präsident des Reichstages hat am 12. Dezember an die Reichstagsabgeordneten folgenden Schreiben gerichtet:

An die Herren Reichstagsabgeordneten!

Die Frist des Waffenstillstandes läuft in den nächsten Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, muß der Abschluß eines Vorfriedens sofort angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiterem ungeheuren Schaden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus den Lagern unserer Feinde lauten nun aber mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß diese der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die gesetzgebenden Organe des alten Reiches, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowohl, wie auch zur Beschlussfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung.

Meine fortgesetzten Bemühungen, Herrn Ebert im Interesse der Reichsleitung von der Notwendigkeit der Berufung des Reichstages zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die Not der Zeit verbietet weiter zu warten und verpflichtet mich, auch ohne die Zustimmung der Regierung von der in der Sitzung vom 26. Oktober d. J. erhaltenen Ermächtigung zur Berufung des Reichstages Gebrauch zu machen.

Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber Bestimmung von Zeit und Ort der Tagung noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten und zu der demnächst einuberufenen Sitzung pünktlich zu erscheinen.

gez. Fehrenbach, Präsident des Reichstages.

Dieses Schreiben ist auch dem Rat der Volksbeauftragten zugegangen, der Herrn Rechtsanwalt Fehrenbach folgendes geantwortet hat:

Auf Ihr gefälliges Schreiben vom heutigen Tage erlauben wir uns folgendes zu antworten:

Die Behauptung, das die Entente der jetzigen Regierung die Verhandlungsfähigkeit abspricht, daß sie jedoch den Bundesrat und Reichstag als berechtigt anerkennt, zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowie zur Beschlussfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung, entbehrt der Begründung. Sie ist nur geeignet, die Entente im Widerspruch zu der tatsächlichen Macht der gegenwärtigen

Regierung in den irrigen Glauben zu versetzen, als ob eine verhandlungsfähige Regierung nicht vorhanden wäre.

Der Rat der Volksbeauftragten legt wiederholt dar, daß durch die politische Umwälzung der Bundesrat und der Reichstag als gesetzgebende Organe zu existieren aufgehört haben.

Sollten Sie trotzdem den nicht mehr bestehenden Reichstag einberufen, so werden Sie die Verantwortung für alle Folgen zu tragen haben.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Der Waffenstillstand.

Die englische Kommission in Kiel und Hamburg.

Kiel, 12. Dez. Am Donnerstag Vormittag fand die erste Sitzung der alliierten Waffenstillstandskommission mit der deutschen Kommission an Bord des englischen Linienschiffes „Hercules“ statt. Auf deutscher Seite führte Kommodant Goette die Verhandlungen. Admiral Browning erklärte, daß er von seiner Regierung beauftragt sei, nur mit Offizieren zusammenzutreffen oder zu verhandeln. Das Programm für die Besichtigung wurde besprochen und die Erörterung von Einzelfragen fortgesetzt, die schon in Wilhelmshaven begonnen hatte. Auf deutscher Seite besteht der Eindruck, daß kein Entgegenkommen zu erwarten sei.

Hamburg, 12. Dez. (W. B.) Die englische Schiffbesichtigungskommission ist heute Morgen in einer Barkasse des Hafenamtes auf der Werft von Blohm u. Voß angekommen. Sie begab sich nach dem Sandtorquai, um die in Dienst befindlichen Minenboote zu besichtigen. Die Kommission besteht aus einem Korvettenkapitän und vier Seesoffizieren, von denen einer Dolmetscherdienste tut. Die englische Kommission bräute ihr höchstes Erstaunen aus, daß der Bau des Kreuzers „Mackensen“ noch nicht weiter gefördert ist. Sie war bis heute früh der Ansicht, daß das Schiff unbedingt schiffsfähig sei und erblickte hierin eine Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen.

Kein Verkehr mit den nordischen Häfen.

Berlin, 12. Dez. (W. B.) Der durch den Waffenstillstand den Engländern erlaubte Eintritt in die Ostsee, den sie während des ganzen Krieges zu erzwingen nicht gewagt haben, hat den ungestörten Verkehr zwischen den deutschen und den nordischen Häfen mit einem Schlage lahmgelegt. Die Engländer verhängen über die deutsche Ostseeküste eine Hungerperre und entziehen Deutschland auch die Stellen der Versorgung, die es während des Krieges noch hatte. Das geschieht, nach Abschluß des Waffenstillstandes, in dessen Artikel 25 die ausdrückliche Zusage gemacht war, Deutschland während der Dauer des Waffenstillstandes in dem als notwendig erkannten Maße mit Lebensmitteln zu versorgen. Auch die nordischen Länder bleiben von dieser neuen englischen Vergewaltigung nicht unberührt. So liegen z. B. in Deutschland mehrere Dampfer mit Salz, Petroleum usw. für den nordischen Heringsfang. Die Gefahr der Absperrung verhindert diese Dampfer, die Fahrt nach Norwegen anzutreten. Ebenso liegen in nordischen Häfen Dampfer mit Fischprodukten für Deutschland, die verderben, weil die Engländer ihre Hungerperre auch auf die Ostsee ausgedehnt haben.

Berlin, 12. Dez. (W. B.) Nach einer Meldung aus Holland sind dort von den früher in Flandern stationierten Fahrzeugen elf kleine Torpedoboote und 26 Minensucher interniert worden.

Die Besetzung.

Aus Elsaß-Lothringen.

Berlin, 12. Dez. (W. B.) Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir: Etwa 1000 junge Männer, Söhne von alldutschen Eltern, sind aus Straßburg zur Zwangsarbeit nach Belgien abgeführt worden.

Wiesbaden, 13. Dez. (W. B.) Die Quartiermacher der französischen Besatzungstruppe sind heute nachmittag hier eingetroffen. Der Einzug der Besatzung ist heute zu erwarten.

Koblenz, 12. Dez. Mit klingendem Spiel rückte heute die erste amerikanische Division auf dem Durchmarsch auf die rechte Rheinfeste in Koblenz ein, wo sie Quartier bezog. Andere Divisionen folgen in den nächsten Tagen nach.

Köln, 12. Dez. Die heute nachmittag abgehaltene Zusammenkunft zwischen der englischen Zensurbehörde und den Verlegern der Kölner Blätter ergab, daß die Kölner Zeitungen in der bisherigen Weise weiter erscheinen können. Für den Inhalt wird der Chefredakteur verantwortlich gemacht.

Duisburg, 12. Dez. Die Homberger Rheinbrücke sowie die Hochfelderbrücke sind von belgischen Posten besetzt und für den Fußgängerverkehr vollständig gesperrt worden. In Ruhrort verließen die Arbeiter, die ihren Wohnsitz auf dem linken Rheinufer haben, auf die Nachricht von der bevorstehenden Brückensperrung ihre Arbeitsstätten, um noch rechtzeitig die Brücken zu passieren. Die Firma Krupp hat sich in der Angelegenheit an das belgische Kommando gewandt, um die Aufhebung der Sperre herbeizuführen, und hat auch Entgegenkommen gefunden. Die Entscheidung liegt jedoch beim belgischen Oberkommando.

Mannheim, 12. Dez. (W. B.) Seit heute vormittag ist der Straßenverkehr zwischen Mannheim und Ludwigshafen eingestellt und der Telephonverkehr seit Mittag gesperrt. Nur noch Fußgänger dürfen die Brücke überschreiten.

Bern, 12. Dez. (W. B.) Der „Temps“ berichtet aus Metz: Die erste amtliche Handlung des französischen Regierungskommissars Mirmand bestand in der Auflösung der Stadträte und ihrer Ersetzung durch Ausschüsse, deren Mitglieder unverdächtig sind.

Die Friedenskonferenz.

Frankreichs Verlangen nach der Rheingrenze.

Bern, 12. Dez. (W. B.) Je näher der Kongress für den Präliminarfrieden heranrückt, um so energischer wird in den französischen Blättern, deren Zahl sich nach und nach erhöht, der Rhein als natürliche Grenze Deutschlands bezeichnet. Der „Temps“ veröffentlicht den Brief eines hohen Offiziers, in dem erklärt wird, daß nur der Rhein eine genügende Garantie gegen einen militärischen Ueberfall auf Frankreich und Belgien seitens Deutschlands biete. Einmal bemerkt im „Temps“, daß diese Forderung mit den Wilsonschen Grundfäden in Einklang gebracht werden müsse. Wie die Rheinlande über sich selbst verfügen sollen, beabsichtigt Frankreich keineswegs ihnen ihr Schicksal innerhalb der französischen Grenzen anzuweisen. Die für den Weltfrieden notwendigen Garantien seien: Rein Rhein-Anschluß für irgendeine Nation, kein Preußen am Rhein. Die militärischen Grenzen Deutschlands sind hinter den Rhein zurückzuverlegen und keine Festungen von Basel bis Köln. Der „Gaulois“ verlangt dieselbe Sicherstellung durch die Rheingrenze. Die Friedenskonferenz werde darüber zu entscheiden haben, ob die Pfalz und die Rheinprovinz zu annektieren seien. Jedenfalls dürften in den genannten Provinzen nie wieder deutsche Garnisonen stehen. Ähnlich schreibt der „Petit Parisien“. Er sagt, die Friedenskonferenz werde darüber zu entscheiden haben, ob die Alliierten als Eroberer oder nur als vorübergehende Besetzung in Mainz eingezogen seien.

Wilson.

New York, 12. Dez. (W. B.) Reuter. Nichtamtlich. Es verlautet, daß Präsident Wilson nicht vor Ende Februar nach den Vereinigten Staaten zurückkehren werde.

Die japanischen Delegationen.

Yokohama, 12. Dez. (W. B.) Reuter. Die japanischen Delegierten für die Friedenskonferenz reisen heute nach San Francisco ab.

Belgien.

Rotterdam, 12. Dez. (W. B.) Der Brüsseler Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: In Brüssel herrscht der Eindruck, daß die Gerüchte über die Wegnahme der Scheldemündung, über die Wegnahme von Seeländisch Flakern und Südbelgien darauf zurückzuführen seien, daß Frankreich den Wunsch habe, sich das Großherzogtum Luxemburg einzuverleiben und dafür Belgien diese holländischen Gebiete als Entschädigung überlasse. Von amtlicher Seite wurde diese Nachricht weder bestätigt noch dementiert.

Dr. Solfs Entlassungsgesuch.

Berlin, 12. Dez. Es wird heute im „Vorwärts“ bestätigt, daß ein Entlassungsgesuch des Staatssekretärs Dr. Solf schon seit längerer Zeit vorliegt, nämlich seit dem Tage, wo er bei der Reichskonferenz einen Zusammenstoß mit Kurt Eisner hatte. Damals hat er in aller Form erklärt, daß er bereit sei, aus seinem Amt zu scheiden. Von dieser Erklärung ist nie Gebrauch gemacht worden, weil die Reichsleitung durch den Rücktritt des Dr. Solf in einige Verlegenheit geraten würde. Solf hat jetzt tatsächlich ein neues offenes Entlassungsgesuch eingereicht. Es soll nicht begründet sein mit dem Vorfall, der sich zwischen Solf und Haase abgespielt hat, als der Funkpruch aus Moskau die Joffe'sche Mitteilung oder Behauptung brachte, daß Haase von den russischen Geldern gewußt habe, die zum Ankauf von Waffen für die deutsche Revolution verwendet worden sind. Der „Vorwärts“ meint, Solf ziehe mit seinem Rücktrittsgesuch einfach die Konsequenz aus den vielen Angriffen, die in letzter Zeit auf ihn eingebracht seien.

Der Fall Ihnssen-Stinnes.

Berlin, 12. Dez. Nachdem sich herausgestellt hat, daß die Verhaftung der Herren Ihnssen und Stinnes und einiger anderer Bergwerksdirektoren in Mülheim a. d. Ruhr auf die Denunziation eines lägenhaften Kellners erfolgt ist, und nachdem die Herren freigelassen worden sind, wird der Vorgang auch von Blättern, die der gegenwärtigen Regierung nahe stehen, bedauert. In bürgerlichen Blättern wird vielfach darauf hingewiesen, daß die Verhaftung gänzlich willkürlich erfolgt ist, ebenso der Transport nach Berlin und daß keinerlei gesetzliche Unterlage für die ganze Prozedur vorliegt. Der Generalsstaatsanwalt Plafche erklärt, daß er mit der Verhaftung und Untersuchung nichts zu tun gehabt hat. Der Vorfall wird dazu dienen, daß, soweit es in dieser Zeit möglich ist, klar und klar von der Reichsleitung zum Ausdruck gebracht wird, daß Arbeiter- und Soldatenräte kein Recht zu Verhaftungen und zur Verhängung von Untersuchungen haben.

Der Achtstundentag.

Berlin, 12. Dez. In einem Rundschreiben vom 7. Dezember 1918 verbietet der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes, der bekannte unabhängige Sozialdemokrat Emanuel Wurm, den zahlreichen der Aufsicht des Reichsernährungsamtes unterstellten Betrieben, sich wegen Durchführung des Achtstundentages mit den Arbeiter- und Soldatenräten in Verbindung zu setzen. Vielmehr sollen die erforderlichen Abreden mit den gewerkschaftlichen Organisationen getroffen werden. Sollten die Räte Anforderungen stellen, so ist unmittelbar um Mitwirkung der Gewerkschaften zu ersuchen.

Lokalnachrichten.

* Kleinbahn Höchst — Königstein (Fahrplanänderung.) Von Montag, den 16. Dezember ds. Js. ab wird der Zug 5 Königstein ab 7.20 Uhr vormittags um 5 Minuten früher verkehren und zwar Königstein ab 7.15 Uhr vorm.,

Schneidhain, ab 7.21 Uhr, Hornau ab 7.30 Uhr, Reilheim ab 7.33 Uhr, Münster ab 7.38 Uhr, Oberliederbach ab 7.42 Uhr, Unterliederbach ab 7.49 Uhr, Höchst an 7.53 Uhr vormittags.

* Staatssekretär Erzberger hat auf die nachfolgenden Fragen die beigefügten Antworten gegeben:

1. Frage: Dürfen erst nach Waffenstillstand entlassene Heeresangehörige, die nicht vor Kriegsausbruch im besetzten Gebiet anständig waren, hier bleiben? Antwort: Ordnungsmäßig entlassene Wehrpflichtige, die während des Krieges im besetzten Gebiet anständig wurden oder deren Familien während des Krieges dorthin verzogen sind, können hierbleiben. 2. Frage: Dürfen zwischen Kriegsausbruch und Waffenstillstand Eingewanderte ohne Rücksicht auf die Dauer des Aufenthalts hierbleiben? Antwort: Ja. 3. Frage: Dürfen Entlassene, darunter auch stets rekrutierte Angehörige, die nie Wehrdienst getan haben, hierbleiben, wenn sie erst nach dem Waffenstillstand zugezogen und hier beruflich tätig sind? Antwort: Nein, mit Ausnahme von Beamten. 4. Frage: Können Nichtwehrpflichtige bleiben, die kurz vor oder nach dem Waffenstillstand zugezogen sind? Antwort: Ja.

* Von der Reichsarbeitslosenfürsorge. Der Entwurf des Gesetzes betreffend die Erwerbslosenfürsorge besagt, daß die Gemeinden verpflichtet werden, eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen; diese Fürsorge darf nicht den Charakter der Armenpflege tragen. Von dem Gesamtaufwande sollen den Gemeindeverbänden vom Reiche sechs Zwölftel und von den zuständigen Bundesstaaten vier Zwölftel ersetzt werden. Nichtleistungsfähigen Gemeinden kann die Reichsbefürsorge erhöht werden. Die Fürsorge soll nur arbeitsfähigen und arbeitsgewillten, über 15 Jahre alten Personen zuteil werden, welche infolge von Erwerbslosigkeit als Folge des Krieges sich in bedürftiger Lage befinden. Die Unterstützung wird auf die Dauer von höchstens drei Monaten gewährt werden. Ueber Art und Höhe der Unterstützung, Feststellung einer kurzen Karenzzeit von höchstens einer Woche für die Arbeitslosen mit Ausnahme der Kriegsteilnehmer entscheiden die Gemeinden. Für ausreichende Unterstützung, die mindestens den nach der Reichsversicherungsordnung festgesetzten und nach der Zahl der Familienmitglieder als angemessen zu erachtenden Ortslöhnen entsprechen muß, ist zu sorgen. Auch Sachleistungen können in Erwägung gezogen werden. Bei Mißbrauch der Einrichtung. Nichtleistungsfähigkeit der Unterstutzten usw. kann der Betreffende vom Bezuge der Unterstützung ausgeschlossen werden. Auf Antrag einer Gewerkschaft kann die Auszahlung der Unterstützung und die Kontrolle der Arbeitslosen der antragstellenden Organisation übertragen werden, wenn diese selbst ihren Mitgliedern eine Erwerbslosenunterstützung gewährt und ausreichende Garantien dafür bietet, daß Auszahlung der Unterstützung und Kontrolle der Arbeitslosen ordnungsgemäß erfolgt.

* Wilhelm II. Vermögen. Wenngleich die revolutionäre Regierung das Kronfideikommißvermögen beschlagnahmt und als Volkseigentum erklärt hat, so verbleiben doch von den 90 Krongütern noch 83 als Sondereigentum im Besitz des Kaisers und nur sieben sind wirkliche Krongüter. Die meisten der 83 Güter sind mit den kaiserlichen Schlössern verbunden. Das Berliner Schloß ist Krongut, also jezt Volkseigentum. Im Privatbesitz des Kaisers verbleiben dagegen die Schlösser Bellevue und Monbijou und die 13 Potsdamer Paläste. Das Stadtschloß in Rassel und das Residenzschloß in Hannover sind ihm nicht zu eigen, wohl aber gelten als des Kaisers Privatbesitz u. a. die Schlösser Wilhelmshöhe, Wiesbaden, Coblenz, Homburg v. d. S., insgesamt 19, ferner eine Anzahl Jagdschlösser und zahlreiche andere, über das Land verstreute kleinere Schlösser. Zum beschlagnahmten Kronfideikommiß gehören auch nicht das von Friedrich Wilhelm I. begründete Hausfideikommiß und das von Friedrich Wilhelm III. gestiftete kgl. Prinzliche Familienfideikommiß. Das Barvermögen des Kaisers darf auf 20 Millionen A. geschätzt werden. Der Wert der ihm gehörenden Privatgüter ist jedoch ebenfalls nach Millionen zu beziffern. — Um das Krongut und das Privateigentum Wilhelm II. dürften sich zweifellos Prozesse zwischen Regierung und der bisherigen Krone entspinnen. Es ist Riesensarbeit, unendlich mehr als 500jährige Rechte und Vermögenswerte zu sezieren.

* Wirtschaftsstelle für Hessen und Wiesbaden. Von dem hessischen Staatsministerium und der Regierung in Wiesbaden wurde eine Wirtschaftsstelle Frankfurt a. M. für die Bezirke Hessen und Wiesbaden mit dem Sitz Frankfurt a. M., Wiltersdorferplatz 27, als Organ der Demobilisationskommission unter Leitung des Herrn v. Braundehrens geschaffen. Die Wirtschaftsstelle hat den Anordnungen der Demobilisationskommission zu entsprechen. Ihr Arbeitsgebiet umfaßt: Allgemeine Arbeiterfragen (Schlichtungsausschüsse, Arbeitsnachweise, Abfindung der Helfer), wirtschaftliche Demobilisation, Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, Betriebsaufsicht über Gas- und Elektrizitätswerke, Freigabe von Baustoffen (Ziegel und Dachpappe), Rohstoffe, Schut- und Bekleidungsgegenstände für die Arbeiterschaft, Förderung der Produktion von Düngemitteln, Eisenbahnwagenstellung und Entladung, Rohlenbewirtschaftung der gesamten Industrie, Rationierung des Verbrauchs an Gas und Elektrizität, Fürsorge für weibliche Arbeitskräfte und ihre Kinder, Abfindung der Helferinnen.

* Reiseprotokolle zu 500 Gr. werden am 15. Dezbr. ungültig, nach diesem Termin können keine mehr angenommen, oder umgetauscht werden.

Von nah und fern.

* Eschborn, 12. Dez. Spielende Kinder fanden eine Anzahl Granaten, die von durchziehenden Artilleristen sträflerweise fortgeworfen waren. Beim Hantieren mit den Geschossen explodierte eins und tötete drei 6—11-jährige Knaben auf der Stelle. Zwei andere Kinder wurden schwer verletzt, von denen eins ebenfalls nach kurzer Zeit seinen Verletzungen erlag.

Letzte Nachrichten.

Blätterstimmen zur Einberufung des Reichstages

Berlin, 13. Dez. (Priv.-Tel.) Zur Einberufung des Reichstages schreibt der „Vorwärts“: Der Reichstag hat keinen Anspruch darauf, sich als eine wahre Volksversammlung zu bezeichnen. Gegenüber der konterrevolutionären Parole der Einberufung des Reichstages gibt es nur eine revolutionäre: Schnellste Einberufung der Nationalversammlung. — Der Schritt des Reichstagspräsidenten Fehrenbach wird von der „Vossischen Zeitung“ als im höchsten Maße bedenklich bezeichnet. — Das „Berliner Tageblatt“ hält die Einberufung des Reichstages, wenn nicht zwingende Gründe vorliegen, nicht für wünschenswert. — Die „Augsburger Allgemeine“ schreibt: Mit irgendwelchen gegenrevolutionären Bestrebungen hat der Schritt Fehrenbachs nichts zu tun. — Die „Post“ sagt: Alle nicht sozialistischen Elemente, die den rechtsstehenden Parteien, dem Zentrum und den liberalen Gruppen zugeneigten Millionen, stimmen dem Beschluß des Reichstagspräsidenten Fehrenbach rückhaltlos zu. — Die „Morgenpost“ tritt dafür ein, noch im Laufe dieses Monats eine provisorische Nationalversammlung zu wählen, die anfangs Januar zusammentreten könne.

Karlshad befehlt.

Karlshad, 12. Dez. (W. B.) Heute abend wurde Karlshad von 800 tschechischen Soldaten und 30 Offizieren befehlt.

— Charlottenburg, 13. Dez. Das alte Charlottenburger Schloß wird als orthopädisches Lazarett für schwerbeschädigte Krieger eingerichtet, die noch auf längere Zeit einer besonderen orthopädisch-chirurgischen und medikamentösen Behandlung bedürfen.

Ab sch r i f t.

Stelln. Generalkommando XVIII. Armee Korps.

Frankfurt a. M., den 5. 12. 1918.

Noch immer sind weite Kreise der Bevölkerung darüber beunruhigt, daß unter Umständen Angehörige der Jahrgänge 1896—1899 im vom Feinde zu besetzenden oder neutralen Gebiet interniert werden.

1. Demgegenüber wird nochmals darauf hingewiesen, daß jeder Wehrpflichtige — einerlei welchem Jahrgang er angehört — nicht interniert wird, wenn er einen ordnungsmäßigen Entlassungsschein hat.

2. Wehrpflichtige — wiederum ohne Rücksicht darauf, welchem Jahrgang sie angehören — die, sei es weil sie rekrutiert waren oder sei es aus Gesundheitsrücksichten, nie gedient haben, brauchen nach Ansicht aller maßgebenden Stellen an sich schon nicht zu befürchten, interniert zu werden. Um aber ganz sicher zu gehen und jeden Grund zu derartigen Befürchtungen zu beheben, sind die Bezirkskommandos bzw. im zu räumenden Gebiet die Kontrollämter angewiesen, den Betreffenden einen abgestempelten unterschriebenen Bahnvermerk des Inhalts auszustellen, daß sie nie Soldat gewesen sind. Deshalb müssen sich alle in einer derartigen Lage befindlichen Personen an ihr zuständiges Bezirkskommando bzw. Kontrollamt melden. Reicht die zur Verfügung stehende Zeit nicht aus, sich noch an das Bezirkskommando zu wenden, so genügt letzten Endes auch eine gleichlautende ordnungsmäßig ausgestellte und abgestempelte Bescheinigung der zuständigen Ortsbehörde.

J. A. des A. und S.-Rates
Das Generalkommando.
gez. Stendebach.

Für 1919!
ABREISS-
Kalender

WAND-
Kalender

Kalender-

BLOCK

TASCHEN-
Kalender
bis zum

RIESEN-
Abreissblock

zu haben in der Druckerei
Ph. Kleinbühl,
Königstein, Hauptstr. 41.

Trauer-Drucksachen

durch Druckerei Kleinbühl.

„Achtung!“
99er u. 1900er Königstein.
Heute Freitag abends 9 Uhr
Zusammenkunft
im „Rastauer Hof“ hier.
Mehrere Kameraden.

Ein zuverlässiger
Fuhrmann
und ein **Heizer**

f. Dampfmaschine f. dauernd
gekauft. Georg Stamm,
Königstein im Taunus.

1 Zimmer mit Küche
und Zubehör zu vermieten.
Zu erfahren bei
Joh. Kowald, Marienstr.,
Königstein.

Eine gebrauchte
Bettstelle mit
Sprung-
rahmen und Matratze zu
verkaufen. Preis 170 Mark.
Mühlweg 2, Falkenstein.

Bekanntmachung für Falkenstein.

Der Arbeiter- und Bauernrat Falkenstein hat seine Tätigkeit ab 12. Dezember 1918 eingestellt und sich aufgelöst.

Falkenstein, den 13. Dezember 1918.

Der Arbeiterrat: Wilhelm Pfaff.
Der Bauerrat: Heinrich Hasselbach.
Der Bürgermeister: Hasselbach.

Bekanntmachung.

Der Befehlshaber der Besatzungstruppen verlangt sofort nach seinem Eintreffen ein genaues Verzeichnis aller Einwohner der Stadt. Wir fordern deshalb sämtliche Hausbesitzer und Hausverwalter auf, über alle Personen, die in den ihnen gehörenden oder unterstellten Häusern im Laufe des Freitag, den 13. d. M., sich aufhalten, sofort ein vollständiges genaues Verzeichnis auf großem Bogen in doppelter Ausfertigung aufzustellen und bis spätestens Samstag vormittag 11 Uhr auf dem Lebensmittelbüro (Bierhalle) abzugeben. Wer die Nachweisung nicht anfertigt, oder etwa Angaben macht, die sich bei der späteren Kontrolle als nicht richtig herausstellen, setzt sich strenger Bestrafung aus. Jedes Verzeichnis muß enthalten: Name der Straße, Nummer des Hauses, Vor- und Zuname aller Bewohner nach Familien geordnet mit Angabe des Geburtsjahres; bei militärpflichtigen Personen ist anzugeben, wann sie gebiert, welchen Rang sie zuletzt bekleidet haben und wann sie aus dem Militärverhältnis entlassen worden sind.

Königstein im Taunus, den 12. Dezember 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Betrifft: Saathafer.

Bestellungen auf Saathafer werden Samstag, den 14. ds. Mts., vormittags von 8—10 Uhr, auf hiesigem Rathaus, Zimmer 3, entgegen genommen. Die genaue Anbaufläche ist anzugeben. Spätere Bestellungen werden nicht berücksichtigt.

Königstein, den 12. Dezember 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Lebensmittel-Vorverkauf.

Der Lebensmittelverkauf findet diese Woche am Samstag, den 14. d. M., im Rathaussaal in folgender Reihenfolge statt:

Brotarten-Nr.	401—500	vorm. von 8 $\frac{1}{2}$ —9 Uhr,
1—100	9—10	
101—200	10—11	
201—300	11—12	
301—400	2—3	nachm.
401—500	3—4	
501—600	4—5	

Reihenfolge ist genau einzuhalten. Brotarten sind zur Kontrolle vorzulegen. Lebensmittelkarten - Abschnitt Nr. 19 ist mitzubringen.

Sodann werden die einzelnen Haushaltsvorstände gebeten, unter Vorlage der Lebensmittelkarten auf dem Rathausaal bei dem Verkauf anzugeben, von welchen Lebensmittelgeschäften sie diejenigen Lebensmittel beziehen wollen die künftig durch die Geschäfte zur Verteilung gelangen.

Königstein, den 13. Dezember 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Aufruf

zur sofortigen Anmeldung aller offenen Arbeitsstellen bei dem Arbeitsnachweis.

Die zum Teil schon vorhandene und in allernächster Zeit bedeutend stärker auftretende

Arbeitslosigkeit

verlangt von allen Königsteiner Bürgern gebieterisch, daß sie auch ihrerseits das Mögliche tun, um die Not von der arbeitenden Bevölkerung fern zu halten. Dazu gehört in erster Linie

Schaffung jeder nur denkbaren Arbeitsgelegenheit,

auch wenn sie sich nur auf Tage erstreckt, für Männer sowohl auch für Frauen und Mädchen.

Jedermann, der irgendeine Arbeit auszuführen hat und Arbeitskräfte sucht, wende sich sogleich an den Arbeitsnachweis, Rathaus, Zimmer 4, werktäglich von 8—12 Uhr vormittags.

Königstein i. T., den 10. Dezember 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Entschädigung für die freiwillig abgelieferten Anzüge erfolgt am nächsten Montag von 10—12 Uhr vormittags im Lebensmittelamt (Bierhalle). Die Empfangsbefehle sind mitzubringen.

Königstein i. T., den 12. Dezember 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Kurbibliothek.

Die Städt. Kurbibliothek ist morgen Samstag, den 14. ds. Mts., geschlossen.

Königstein i. T., den 13. Dezember 1918.

Die Städt. Kurverwaltung: Jacobs.

3 einjäh. Hasen,
ebenfalls frischgegoßene
Bleisoldaten
hat zu verkaufen
Eukwig Schlier, Im Hof 7,
Königstein.

1 Regulierofen,
rund, wenig gebraucht, sehr
gut für Holzfeuerung,
ein
Kleiderschrank
zu verkaufen. Zu erfragen
in der Geschäftshalle.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine herzengute, liebe Frau, unsere treu-besorgte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau Maria Herr

geb. Löw

nach kurzem schweren Leiden, wohlversehen durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, in ein besseres Jenseits abzurufen.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen

I. d. N.: Konrad Herr.

Kelkheim, 12. Dezember 1918.

Burg Eppstein i. T.

Zur 600. Wiederkehr der Stadtwerbung Eppsteins erschien im Verlage von Gebr. Anauer, Frankfurt a. M. aus der Feder des hies. Architekten Franz Burthard eine reich illustrierte Festschrift. Dieselbe enthält im Text die mehr als 10-jährigen Forschungsergebnisse der herrlichen Ruine und des ihr zu Füßen liegenden Ortes. Sie bietet durch die zahlreichen Abbildungen und Risse viel Interessantes und dürfte allen Freunden, Gönnern und Beschauern bald ein liebgewonnenes Buch sein.

Nur so lange Vorrat reicht!

ZIGARREN

per Stück: 25, 30, 40, 50, 55 u. 60 Pfg.
in 1a. Qualität,
auch in Original-Packungen à 50 u. 100 St. erhältlich.

Friedr. Kroh Wwe.,
Zigarren, Zigaretten und Tabake.
Höchst a. Main, Ecke Humboldt- und Wallstrasse.

Die Sparkasse

Vorschussvereins zu Höchst a. M.

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

nimmt auf ein Sparkassenbuch Beiträge von Mk. 1.— an in unbeschränkter Höhe und verzinst dieselben vom Tage der Einzahlung an bis zum Tage der Rückzahlung mit

3 1/2 %

Ferner nimmt der Vorschussverein Darlehen gegen Ausgabe von Schuldscheinen in Beträgen von Mark 500.— an zu 3 1/2 % bei halbjähriger Kündigung und zu 4 % bei ganzjähriger Kündigung. Die Verzinsung beginnt mit dem Tage der Einzahlung.

Der Vorstand.

Königstein

im Taunus

der beste Wegweiser

für Fremde und Einheimische mit Ansichten von Königstein :: und Orientierungskarten ::

Preis: 1 Mark.

Zu haben in der

Hofbuchhandlung H. Strack
Buchhandlung W. Hummiller
Hofphotograph Fr. Schilling
Spielwarenhandlung Kreiner
und im Verlag

Ph. Kleinböhl, Königstein i. T.

Von den für die Deeresverwaltung beschlagnahmten
Zigarren und Zigaretten
in allen Preislagen
ist mir ein Teil zum Verkauf angewiesen worden.
Wer Bedarf hat wolle sich eindecken.
P. Krönke, Königstein im Taunus.

Wer erteilt
Klavierunterricht?
Angebote an Haus Climpurg,
Königstein.

Gut erhaltenes
Schaukelpferd
zu kaufen gesucht. An-
geb. u. Z. Z. an d. Geschäftsst.

Lothtascher,
Arbeits-Bettel,
Liefer-Schneide
Ph. Kleinböhl,
Königstein, Hauptstr. 41.

1 nußbaumpoliert.
Schrank
hat preiswert zu verkaufen
Joh. Frank Jr., Fischbach.

3-bis 4-Zimmer-
Wohnung
in Königstein jetzt od. später
auf Dauer gesucht.
Angebote unter K. 34 an die
Geschäftsstelle d. Btg.

Die bisher von Herrn Dr.
med. Wehler bewohnte
Villa
nebst Garten, Altkönigsstr. 6
in Königstein, enthaltend 8
Zimmer, angebauten Man-
sardenst., 2 Balkone, 2 Kichen,
Bad und elektr. Licht ist zum
1. April 1919 zu verkaufen, u.
Umständen auch zu vermieten.
Off. Anfragen vermittelt d.
Geschäftsst. d. Btg. u. N. 47.

Verloren:

1 Ohring.
Näheres Rathaus, Zimmer
Nr. 3.
Königstein, 12. Dez. 1918.
Die Polizeiverwaltung.

Polizeiliche

Ausweisscheine

sind zu haben bei
Ph. Kleinböhl, Königstein.

Königstein, Hauptstr. Nr. 41
— Fernruf 44. —

Brotzusatzkarten-Ausgabe.

Im Interesse einer ordnungsmäßigen Abwicklung der Dienstgeschäfte im Lebensmittelbüro auf dem hiesigen Rathaus wird hiermit angeordnet, daß die Brotzusatzkarten in der zweiten Woche der Brotkartenperiode vom 8—10 Uhr auf Zimmer Nr. 4, abzuholen sind und zwar:

für Schwerarbeiter

am Dienstag für die Anfangsbuchstaben der Familien-

namen A—G

am Mittwoch für die Anfangsbuchstaben der Familien-

namen H—V

am Donnerstag für die Anfangsbuchstaben der Familien-

namen W—Z

Wir bitten die vorstehende Reihenfolge genau einzuhalten, andernfalls Zurückweisung erfolgen muß. Bemerkt wird, daß Freitags und Samstags keine Zusatzkarten ausgegeben werden.

Königstein, den 12. Dezember 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Die Meggendorfer Blätter

sind das schönste farbige
Witzblatt für die Familie

Vierteljährl. 13 Nrn. nur Mk. 3.50, bei
direkt. Zusendg. wöchentl. vom Verlag
Mk. 3.75, durch ein Postamt Mk. 3.60.

Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probe-
band, der 5 Nummern enthält und bei jeder
Buchhandlung nur 60 Pfennig kostet. Gegen
weitere 20 Pfennig für Porto auch direkt vom
Verlag, München, Percussatorstr. 5 zu beziehen.